

Schwerpunkt Aktuelles zum Coronavirus

Rund 200 Leute demonstrierten gegen «Schwurbelei»

Protest Rund 200 Personen folgten am Montag dem Aufruf der Jungen Liste zur Demonstration. Die Kundgebung sollte klare Kante gegen extremistische Botschaften und für die Pflegeberufe zeigen.

VON DAVID SELE

Für die Junge Liste war es unerträglich, was man sich in den vergangenen Wochen auf dem Peter-Kaiser-Platz anhören musste. Das machte die Jungpartei an ihrer eigenen Demo deutlich. Die Jungpolitiker hatten den Corona-Massnahmengegnern vom Verein «Unerhört» die Bühne für einmal weggeschnappt, indem sie einfach früher ein Bewilligungsgesuch einreichten. Dass schliesslich weniger Menschen dem Aufruf der Jungen Liste gefolgt sind, als jeweils an den «Unerhört»-Demonstrationen teilnehmen, störte Vorstandsmitglied Samuel Schurte nicht sonderlich. «Wichtig war uns, den Platz zu übernehmen und für eine sinnvolle Botschaft zu nutzen», sagte Schurte im Anschluss gegenüber dem «Volksblatt». Die Landespolizei schätzte, dass etwa zwischen 150 und 200 Personen der Kundgebung beiwohnten. Zwischenfälle habe es aus polizeilicher Sicht nicht gegeben, hiess es in einer Mitteilung der Landespolizei vom Montagabend.

Strittige Holocaust-Verharmlosung

«Die letzten Wochen wurde dieser Platz zur Bühne für Aussagen, die unserer Demokratie unwürdig sind», sagte Valentin Ritter, ebenfalls Mitglied der Jungen Liste, bei seiner Rede auf der Bühne. Es gehe nicht darum, Meinungen zu verbieten. «Aber der Vergleich von Hitler und Gaskammern mit Gesundheitsministern und Covid-Zertifikaten ist eine Beleidigung für alle Opfer des Faschismus.» Ritter nannte mehrere Bei-

spiele von derartigen Vergleichen, die an den Coronademos des Vereins «Unerhört» propagiert wurden. Er bemängelte: «Niemand distanziert sich davon, diese Aussagen werden verharmlost und verteidigt.» Ritter wandte sich schliesslich direkt an den Organisator der «Unerhört»-Demos: «Herr Clavadetscher, Sie sind verantwortlich dafür, was an Ihren Demos gesagt und gezeigt wird. Sie geben Menschen Raum für extremistische Botschaften. Wenn Sie etwas dagegen haben, setzen Sie dem ein Ende!»

Weiter appellierte Valentin Ritter an die Teilnehmer der Coronademos. Sie sollten hinterfragen, mit wem sie sich in eine Reihe stellen. «Habt den Mut, euch zu distanzieren, wenn euch die Demokratie wirklich wichtig ist.» Das Mittel einer Demonstration sei richtig, um Kritik an den Regierenden zu üben. Doch diese Kritik werde entwertet, wenn man sich mit «Reichsbürgern, Holocaust-Verharmlosern oder Verschwörungstheoretikerinnen» in eine Reihe stelle. Eine Frau, die insbesondere dem Freie-Liste-nahen Publikum gut bekannt ist, outete sich später am offenen Mikrofon als Teilnehmerin der «Unerhört»-Demos. Sie appellierte für das gegenseitige Verständnis. Eine von den Teilnehmern geforderte Distanzierung von den Holocaust-Vergleichen war ihr aber nicht abzurufen. Auch nicht, als eine andere in Freie-Liste-Kreisen namhafte Person ins Feld führte, dass ihre Gross-

eltern im KZ von den Nazis ermordet wurden.

Bessere Löhne für Pflege gefordert

Neben dem Widerstand gegen die sogenannte «Schwurbelei» - die Junge Liste stehe für eine «rationale, angstfreie, respektvolle und wissenschaftsorientierte» Politik - war der zweite Fokus der Kundgebung auf den Pflegenotstand gelegt. Hier berichteten ebenfalls zunächst Vorstandsmitglieder der Jungen Liste über ihre Erfahrungen im Pflegeberuf. Eine Rednerin aus dem Publikum bemängelte, dass der Notstand der Pflege lange bekannt sei. «Wir reden immer darüber, aber getan wird eigentlich nichts.» Die Frau führte ins Feld, dass keine Anstrengung gescheit worden sei, um die Finanzwelt nach der Krise 2008/09 zu retten. Bei der Pflege würde dieses Engagement der Politik fehlen. «Was würden wir tun, wenn niemand mehr in einer Bank arbeiten wollte?», fragte die Frau und hatte sogleich die Antwort parat: «Ich finde, die, die unsere Alten, Kranken und Kinder pflegen, sollten ähnlich bezahlt werden, wie jene, die unser Portfolio pflegen.»

Die Voten für die Pflege wurden meist auch mit dem Appell zur Impfung gegen Corona verbunden. Ein Mann, der sich als Leiter eines Altenheims in der Schweiz vorstellte, betrat die Bühne, um hier einen Kontrapunkt zu setzen. Zwar sieht er ebenfalls seit Jahren eine prekäre

Situation im Pflegebereich. Die Pflegekräfte zur Impfung zu nötigen, verbessere jedoch nichts. Auch sie müssten frei entscheiden können. Der Mann kritisierte zudem, dass durch Coronaquarantäne und durch Impfreaktionen auch ein mehrtägiger Arbeitsausfall von Pflegekräften hingenommen werde.

Als er mit dem vermeintlichen Plan B des österreichischen Rechtsausser-Politikers Herbert Kickl aufwartete, machte er sich insbesondere im Freie-Liste-Block der Demonstranten selbstredend keine Freunde. Zwischenrufe interpretierte er damit, dass «hier die Demokratie endet» und beendete seine Rede. Als er später nochmals einen zweiten Anlauf nehmen wollte, entschied das Publikum «demokratisch», dass jeder nur einmal reden dürfe.

«Dialog» wohl schwierig

Gegenüber dem «Volksblatt» sagte Moderator Samuel Schurte im Anschluss, dies sei das richtige Vorgehen gewesen. «Ich denke, es ist nicht die Idee so einer Demo, dass jemand mehrfach auf die Bühne geholt wird. Er hatte die Möglichkeit, seine Meinung zu sagen. Wenn er sich dann auch noch mehrfach dafür hätte rechtfertigen müssen, hätte am Ende nur noch er geredet.»

Zu Beginn der Demo hatte Schurte dem Publikum berichtet, dass die Junge Liste wegen der Aktion, den Montag zu kapern, auch sehr viele Beleidigungen erfahren habe. «Man merkt, sie können nicht damit umgehen, dass es auch einmal Gegenwind gibt», so Schurte.

Dies sei sich die Jungpartei ein Stückweit zwar bereits von den Klimade-



Neben Redebeiträgen aus dem Publikum hielten mehrere Mitglieder der Jungen Liste kurze Vorträge auf dem Peter-Kaiser-Platz: Samuel Schurte (grosstes Foto, oben), Valentin Ritter (kleines Foto, oben), Angilina Davida (unten links), Ruben Bargetze und Sophie Eberle. (Fotos: Michael Zanghellini)

«Herr Clavadetscher, (...) wenn Sie etwas dagegen haben, setzen Sie dem ein Ende!»

VALENTIN RITTER
JUNGE LISTE

mos gewohnt. Doch nicht in diesem Ausmass. Dass «Unerhört»-Wortführer Andrea Clavadetscher den Jungpolitikern im Radio den «Dialog» angeboten hat, bezeichnete Schurte unter diesen Umständen als «heuchlerisch».

Bedingung für einen Dialog wäre aus Sicht der Jungen Liste jedenfalls, dass auf Vergleiche verzichtet wird, «bei denen es einer historisch halbwegs sensiblen Person den Magen umdreht», wie Valentin Ritter sagte.

«Unerhört»-Wortführer Andrea Clavadetscher: «Ich finde es anmassend, dass jemand Forderungen in diese Richtung stellt»

Reaktion Coronademo-Organisator Andrea Clavadetscher wurde an der Gegendemo der Jungen Liste direkt angesprochen. Mit dem «Volksblatt» sprach er über Holocaustvergleiche, Dialogbereitschaft und die Forderungen der Jungen Liste.

VON DAVID SELE

Mit ihrer Coronademo hat die Junge Liste den Coronademonstranten vom Verein «Unerhört» für einmal den Termin weggeschnappt. Coronademo-Organisator Andrea Clavadetscher hat den Jungpolitikern daraufhin den Dialog angeboten. Aus Sicht der Jungen Liste ein «heuchlerisches» Angebot, wie sie an ihrer Demonstration kundtaten. Das «Volksblatt» hat am Tag danach mit dem «Unerhört»-Wortführer gesprochen.

«Volksblatt»: Herr Clavadetscher, Sie haben die Demo der Jungen Liste am Montag mitverfolgt. Dabei wurden auch die Kundgebungen Ihres Vereins «Unerhört» thematisiert. Andrea Clavadetscher: Ich habe es zur Kenntnis genommen. Interessant und spannend ist, dass sie unser Angebot zum Dialog offiziell abgelehnt haben. Da kann sich jeder selbst etwas dazu denken.



Andrea Clavadetscher moderiert die Coronademos in Vaduz. (Archivfoto: MZ)

Die Junge Liste hat den Dialog nicht einfach abgelehnt, sondern dies unter anderem mit den Holocaust-Vergleichen an den «Unerhört»-Demos begründet. Sie fordert eine Distanzierung davon als erste Bedingung für einen Dialog.

Die Junge Liste bezieht sich meiner Meinung nach auf die erste Coronademo im September. Da hat es tat-

sächlich Vergleiche zum Nationalsozialismus gegeben. Aber es war nicht die Rede vom Holocaust. Das hat der Regierungschef später in einem Interview in die Welt gesetzt. Aber in Wahrheit ist das Wort «Holocaust» nie gefallen. Ich möchte aber auch betonen, dass es seither an unseren Demos keine Vorfälle mehr in diese Richtung gegeben hat.

An der letzten «Unerhört»-Demo war in der Mitte der Teilnehmenden ein Plakat aufgestellt, das den Schweizer Gesundheitsminister Alain Berset als Hitler zeigte. Darüber standen die Worte «Impfen macht frei». Im Kern geht es der Jungen Liste wohl weniger darum, ob das Wort «Holocaust» verwendet wird, sondern um die Gleichsetzung der Naziverbrechen mit der Coronapolitik. Dies sei eine Beleidigung der Opfer des Faschismus.

Ich glaube, es wird oft falsch verstanden, wenn jemand so einen Vergleich zu diesem dunkeln Kapitel der Geschichte zieht. Es soll nicht unbedingt heissen, dass es genau so ist wie damals, sondern dass es genau so angefangen hat. Die meisten wollen wohl sagen: So wurde das Nazi-System installiert, man konnte keine Meinung mehr äussern. Und so falsch liegen sie damit ja nicht. Wir dürfen zwar noch demonstrieren, aber offensichtlich ist es nun schon so weit, dass Bedingungen gestellt werden, um miteinander in den Dialog zu treten. Das ist ein klarer Hinweis: Es gibt einen Deutungsrahmen, den irgendjemand festlegt. Und dagegen wehre ich mich. Tut mir leid, das mache ich nicht mit. Ich bin nach wie vor bereit zum Dialog, aber nicht unter irgendwelchen Bedingungen.

Ein Redner der Jungen Liste hat Sie persönlich für Entgleisungen an Ihrer Demo verantwortlich gemacht.

Sie würden Menschen Raum und die Möglichkeit geben, extremistische Botschaften in Form von Reden oder Plakaten zu verbreiten. «Wenn Sie etwas dagegen haben, setzen Sie dem ein Ende.» Wäre es nicht auch im Sinne Ihrer Anliegen, zu sagen, dass so etwas nicht zulässig ist?

Ich finde es sehr anmassend, dass überhaupt jemand Forderungen in diese Richtung stellt. Im Gegensatz zu Facebook und Twitter möchten wir die freie Meinungsäusserung nicht zensieren. Und auch was für Schilder an unseren Demos hochgehalten werden, können und wollen wir nicht überprüfen. Die meisten unserer Kundgebungsteilnehmer sind Bürger aus dem normalen Leben. Und sie fühlen sich nun mal so, wie sie sich äussern. Und ich finde es auch jenseits, wie die ganze Impftematik sich zugespitzt hat. Dass man das Impfen heute so thematisieren darf und kann. Dass Leute ausgeschlossen werden dürfen, weil sie sich nicht impfen lassen wollen. Das war vor zwei Jahren noch nicht denkbar. Das hat es noch nie gegeben. Aber die Regierungen fördern und fordern ebendiese Diskriminierung. Spannend finde ich auch, dass der bayerische Ministerpräsident Söder sagen darf «Impfen ist der Weg - impfen ist der Weg zur Freiheit», ohne dass genau dieselben Leute dagegen protestieren, die Menschen mit erwählten Schildern heftigst kritisieren. Hier bleibt der Aufschrei aus. Auch jener der Medien.